

(Beginn: 09.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen in dieser frühen Morgenstunde. Es sind erstaunlich viele hier.

(Heiterkeit)

Ich eröffne die 38. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Klimaschutzziele verschärfen - Klimaschutzprogramm fortschreiben
(Drs. 16/2956)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)
Klimakonferenz in Kopenhagen:
Bayern braucht eigene Ziele und Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel (Drs. 16/2959)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Dr. Otto Hnnerkopf u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)
Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen: Klimaprogramm Bayern 2020 fortschreiben (Drs. 16/2977)

(Unruhe)

- Nachdem Ruhe eingetreten ist, können wir jetzt anfangen. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Hartmann. Herr Kollege Hartmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal schönen guten Morgen. Ich freue mich, dass doch einige zu dieser Zeit schon hier sind. Ein Teil

der SPD-Kollegen hat wahrscheinlich gestern etwas zu lange gefeiert.

(Harald Gller (SPD): Na, na, na! - Unruhe)

Bei den GRÜNEN sieht es leider auch nicht besser aus, zugegeben. Aber ich freue mich, Herr Söder, dass Sie noch pünktlich zur Debatte gekommen sind.

(Zuruf von der CSU: Zwei GRÜNE, die hier sind! Darüber wollen wir nicht reden!)

"Wäre die Welt eine Bank, Ihr hättet sie längst gerettet." Dieser Text stand am 6. März dieses Jahres in ganz großen Lettern auf einem Transparent an der Hypo Real Estate in der Nähe der Bayerischen Staatskanzlei. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die Milliardensummen, die damals an Steuergeldern in die Hypo Real Estate gepumpt worden sind, längst Geschichte.

Diese Woche haben wir in diesem Parlament heftig über die Milliarden debattiert, die der bayerische Steuerzahler in die Bankenwelt gepumpt hat - ein bitteres Zeichen einer Kontinuität, die immense staatliche Verschuldung nach sich zieht und immer wieder immense Summen in ein fehlgeleitetes Finanzsystem pumpt.

Die andere Seite: Für die Eindämmung des Klimawandels fehlt es an Geld, obwohl die Schuldfrage eigentlich längst geklärt ist: Die Verursacherlnder und die Opferlnder stehen fest. Es liegt auf der Hand, wer hier zu zahlen hat.

Trotzdem: Erst vorgestern hat die Kanzlerin Merkel den dreisten Versuch gestartet - das fand ich sehr erstaunlich -, die Transferleistungen, die für die Entwicklungsländer als Entwicklungshilfe bereits zugesagt worden sind, in die neuen Gelder einzurechnen. Also, wie man auf die Idee kommen kann, ist mir schleierhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Menschen blicken gespannt nach Kopenhagen, und es ist in der Tat durchaus eine bedeutende Verhandlungsrunde. Es ist dringend notwendig und auch wünschenswert, ein internationales Abkommen zu bekommen. Das steht außer Frage. Aber eines muss uns allen doch bewusst sein: Es wird ein Konsens, ein Kompromiss sein zwischen Vorreitern und den Bremsern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren in diesem Hohen Haus, ich hoffe, dass wir uns alle einig sind, dass dieser Kompromiss, der in Kopenhagen erzielt wird, sicher nicht die Messlatte und nicht das Ziel der bayerischen Klimapolitik sein kann. Wir haben den Anspruch, nicht Mittelmaß zu sein, sondern wir müssen Vorreiter sein.

Schauen wir uns doch einmal die Bilanz der bayerischen Klimapolitik der letzten Jahre an. Nach der offiziellen Darstellung der Staatsregierung ist alles ganz hervorragend. Die Pro-Kopf-Emission an CO₂ ist in Bayern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Was wollen wir eigentlich mehr?

Wenn man sich diese angebliche Spitzenposition Bayerns genauer betrachtet, kommt man schnell auf mehrere Punkte.

Erstens. Die historisch geschaffene Wasserkraft, die vor über 90 Jahren mit Oskar von Miller ihren Anfang nahm, trägt immer noch zu 15 % bis 20 % zur Stromversorgung bei. Das ist auch gut so.

Im Weiteren kommt der hohe Atomstromanteil in Bayern von fast 60 % hinzu. Er wurde damals durch den Wirtschaftsminister und vor allem durch Franz Josef Strauß vorangetrieben und hat uns in den Siebziger- und Achtzigerjahren in die Abhängigkeit von dieser gefährlichen Technik gebracht.

Eine ernsthafte Klimapolitik der Bayerischen Staatsregierungen der letzten 20 Jahre ist nicht zu erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das lässt sich an drei Punkten, an drei Ländervergleichen ganz deutlich darstellen.

Zum einen: Die energiebedingte CO₂-Emission ist in Bayern von 1990 bis 2006 um 2,1 % gefallen. Der Bundesschnitt liegt bei 17,3 %. Mir ist klar, jetzt kommt gleich der Einwand: Die DDR ist zusammengebrochen und alles liegt daran. Aber Bayern liegt im Bundesvergleich bei der Reduzierung der CO₂-Emission auf Platz 13, während nur fünf neue Bundesländer beigetreten sind. Daran sieht man: Wir sind wirklich im hinteren Mittelfeld.

Ein zweiter Punkt. Von der CSU wurde in den letzten Tagen immer wieder die Pro-Kopf-Emission an CO₂ in die Debatte geworfen. Auch hier ist etwas erstaunlich: Bundesweit sind die Pro-Kopf-Emissionen in dem genannten Zeitraum um 2,4 Tonnen zurückgegangen - das sind über 20 % -, in Bayern um 0,8 Tonnen, das sind knappe 10 %. Das heißt, wir sind im bundesweiten Vergleich wieder nur auf Platz 11, also auch nicht in der Spitzenposition.

Am drastischsten wird es deutlich beim Thema erneuerbare Energien im Stromnetz. Vor zehn Jahren war Bayern Spitzenreiter, ganz vorn in Deutschland. In den letzten Jahren wurden wir von anderen Ländern überholt und sind im Bundesvergleich auf Platz 6 abgerutscht, und die Tendenz ist sogar weiter fallend. Da

muss ich schon sagen: Spitzenpositionen und Vorreiterrollen sehen anders aus.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Aber abgesehen von der realen Klimapolitik in Bayern ist auch erstaunlich: Selbst bei der Datenlage und beim Datenerheben im Bereich Klimaschutz hinkt Bayern wirklich richtig hinterher. Zum Beispiel ist Bayern im Länderarbeitskreis Energiebilanzen eines von drei Bundesländern, die bis zum heutigen Tage die Zahlen für 2006 noch nicht gemeldet haben. Zur Erinnerung: Wir haben jetzt bald 2010. Des Weiteren: Zum Beispiel beim Thema CO₂-Verursacherbilanz, vom gleichen Länderarbeitskreis Energiebilanzen erhoben, weigert sich Bayern als einziges Bundesland, die Zahlen zu melden. Warum eigentlich?

Das noch Erstaunlichere - es wurde lange vor meiner Zeit hier im Plenum immer wieder heftig diskutiert - ist das Klimaprogramm der Bayerischen Staatsregierung, 350 Millionen Euro schwer. Das klingt erst einmal gut, ist es aber nicht. Es ist eine Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur zwei Drittel dieser Gelder überhaupt fließen in die Minimierung von Treibhausgasen, und von diesen zwei Dritteln wiederum werden 80 % zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude hergenommen, was durchaus richtig und wünschenswert ist, aber eine große CO₂-Einsparung erreichen wir damit nicht; sie wird nur im Promille-Bereich liegen.

(Zuruf von der CSU: Wo denn sonst?)

Ein weiterer Punkt: Ein Thema, das ganz aktuell durch die Medien ging, ist, dass unser Umweltminister, zurzeit ja auch schon "Lebensminister" genannt, Markus Söder, in Sachen Klimaschutz eigentlich so gut wie gar nichts getan hat. Das Einzige, was ihm gerade eingefallen ist, besteht darin, der internationalen Climate Group beizutreten - eine Aktion, die nicht viel kostet und genauso viel bringt. Zudem ist die Climate Group gar nicht ganz unumstritten. Dort sind eine ganze Reihe von Unternehmen dabei, die auf den Ausbau der Atomkraft und beim Klimaschutz massiv auf die CCS-Technik setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben in der letzten Woche den Medien, auch der "Süddeutschen Zeitung", entnommen: Der renommierte Klimaforscher Hartmut Graßl, von Herrn Stoiber damals in den Bayerischen Klimarat berufen, hat harte Klimaziele gefordert. Als Zwischenziel bis 2020 sollten fünf Tonnen CO₂-Ausstoß pro bayerischem Bürger zugelassen sein. Was fällt unserem Umweltminister ein? Ihm fällt eigentlich nur ein, das Ziel auf 2030 zu verschieben und

sich so doppelt so viel Zeit zu lassen, wie es Professor Graßl gefordert hat.

Wie wir alle wissen - das ist unumstritten -, heißt das Ziel: zwei Tonnen pro Kopf CO₂-Ausstoß bis 2050. Dieses Ziel möchte eigentlich jeder erreichen.

Aber ich frage die Staatsregierung und den Minister Söder: Wie soll das eigentlich funktionieren? Sollen wir in den nächsten 20 Jahren den Ausstoß um 1,7 Tonnen pro Kopf reduzieren? Und wollen wir in den 20 Jahren danach drei Tonnen schaffen?

Wir alle wissen: Je näher wir an das Ziel von zwei Tonnen kommen, desto klarer wird, dass die letzten Tonnen die schwierigsten sein werden, während die ersten am einfachsten zu erreichen sind. Es kann nicht funktionieren, wenn wir mit wenig Reduktion anfangen und uns nachher steigern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Haltung zur Klimaschutzpolitik endlich überdenken und die Fehler korrigieren. Die Verstricktheit mit der Atomlobby und der Autoindustrie ist mit der Klimadebatte nicht vereinbar. Wir haben in Bayern viele Möglichkeiten, aktiven Klimaschutz zu betreiben. Es geht nicht nur darum, die staatlichen Gebäude zu sanieren.

Sie wissen genauso gut wie ich: Die Energieeinsparverordnung wird in vielen Fällen nicht eingehalten. Sie haben es in der Hand, die Kontrollen zu verschärfen. Die Vorgaben müssen eingehalten werden, damit später nicht nachsaniert werden muss.

Sie haben es in der Hand, die Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern massiv auszubauen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass der konventionelle Kraftwerkspark von der Leistung, also vom Wirkungsgrad her grotteschlecht ist. Das gilt vor allem für die Atomkraftwerke. Deren Wirkungsgrad ist durchschnittlich 33 %.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Windkraft in Bayern ein Schattendasein führt. Wir haben in fast jedem Bundesland bei den erneuerbaren Energien einen höheren Anteil der Windkraft als der Fotovoltaik. In Bayern ist es genau umgekehrt. Wir haben mehr installierte Leistung bei den Solaranlagen als bei der Windkraft. Dabei ist die Windkraft viel wirtschaftlicher und kostengünstiger. Da gibt es einen massiven Nachholbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Bereich, in dem die Staatsregierung sofort handeln kann. Wir alle wissen, dass die Subventionierung des Flugverkehrs in der Klimaschutz-

debatte keine zukunftsweisende Maßnahme ist. Sie haben es in der Hand, die dritte Startbahn zu canceln, also nicht zu bauen.

Sie haben es in der Hand, für die Verkehrsprobleme Lösungen zu suchen und Gelder umzulenken, Gelder in den Nahverkehr zu bringen, statt zum Beispiel auf die A 94 zu setzen.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Elektroauto nur ein Teil der Lösung sein wird. Entscheidend ist, dass wir in den Städten mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr setzen müssen. Lenken Sie doch einmal mehr Geld in diesen Bereich hinein. Sie haben viele Möglichkeiten, dafür etwas zu tun. Es ist höchste Zeit, aufzuwachen und ein Klimaziel zu setzen, das der weltweiten Lage, aber auch den Möglichkeiten Bayerns angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel kann ganz klar nur heißen: Bis 2020 müssen fünf Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß bei CO₂ erreicht sein. Dahin müssen wir kommen. Sonst reden wir um das Thema herum und bewirken nichts.

Wir werden dem Antrag der CSU-Fraktion deshalb nicht zustimmen. Es ist ein netter Versuch, jetzt von unter sechs Tonnen zu sprechen. Aber das ist so eine Sache. Man schreibt vielleicht eine Fünf vor das Komma, und dann lässt man zusätzlich möglicherweise noch 5,999 Tonnen zu. Das kann es nicht sein. Bekennen Sie sich doch einmal zu dem Ziel von fünf Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß bis 2020. Dieses Ziel ist erreichbar. Wir müssen es erreichen. Alles andere wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Den SPD-Antrag können wir mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nicht erst seit Kopenhagen und Kyoto ist in Bayern das Thema Klimaschutz in aller Munde. Die Einzige, die den Mund immer furchtbar voll genommen, aber nichts realisiert hat, war die CSU. Deswegen freut es mich heute, dass Sie es geschafft haben, endlich über Ihren Schatten zu springen, zumindest in Teilen. Ihr Antrag hat in vielen Punkten die Positionen der SPD von vor acht Jahren übernommen. Herzlichen Dank! Guten Morgen!

Sie haben acht Jahre Klimaschutz verschenkt, mit all den Kosten und Problemen, die daraus entstehen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass jeder Euro, der jetzt

investiert wird, 20 Euro Reparaturkosten spart. Diese Rechnung haben nicht wir aufgestellt, sondern Wissenschaftler. Offensichtlich hat Ihnen das gute Zureden auf der Zugspitze gut getan. Denn der Antrag ist erst danach entstanden, wie wir wissen. Offensichtlich hat Ihnen Herr Professor Graßl noch kräftig ins Gewissen geredet - sofern vorhanden. Er hat Sie offensichtlich davon überzeugt, dass die Reduktionsziele nicht ausreichen.

Allerdings sind Sie inzwischen wieder halbherzig geworden. Bisher haben Sie immer von sieben Tonnen gesprochen. Dazu hat Ihnen Herr Graßl gesagt: Das haut so nicht hin; Sie müssen schneller werden. Jetzt reden Sie von sechs oder fünf Tonnen, statt ein mutiges Ziel zu definieren, an dessen Erreichung wir alle arbeiten sollten. Es darf nicht sein, dass wir die Sache hinziehen und hinauszögern bis zum letzten Moment, um das Zukunftsziel von zwei Tonnen zu erreichen. Man muss heute daran herangehen, und zwar möglichst schnell.

Sie versuchen immer - vorsichtshalber muss man wohl sagen: Teile von Ihnen versuchen es -, einen Widerspruch zwischen Arbeitsplatz und Zukunft aufzubauen. Die meisten Arbeitsplätze werden künftig in diesen Technologien entstehen, ganz egal, um welchen Sektor es sich handelt. Wir sind schon heute auf einem guten Weg dorthin. Aber wir müssen das Ganze noch beschleunigen und politisch so begleiten, wie es meine Fraktion seit Jahren fordert.

Dazu gehört nun einmal, dass Sie, Herr Minister, mit Ihren Rechenkunststücken aufhören, mit denen Sie die Dinge schönrechnen wollen. Dazu gehört auch eine konsequente Überwachung. Wir können nicht fordern, dass KfW-50-Häuser und KfW-40-Häuser gebaut werden. Denn wenn man diese Häuser näher untersucht, stellt man fest, dass sie die Anforderungen nicht erfüllen. Wegen der freiwilligen Selbstkontrolle der Architekten kommen wir da ins Stolpern.

Es wäre gut, wenn wir kontrollierten, was die Leute da auf den Markt werfen. Wir müssen kontrollieren, ob die Vorgaben tatsächlich erfüllt werden. Wann haben Sie zuletzt einen solchen Bau einmal kontrolliert? In Bayern noch nie! Sie machen das noch nicht einmal bei den eigenen Gebäuden. Damit rechnen Sie sich's schön.

Dass Menschen, die solche Häuser kaufen, gelegentlich über den Tisch gezogen - um nicht zu sagen: betrogen - werden, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass wir uns hier schönrechnen und schönreden, statt konsequent zu überwachen. Denn wir müssen doch erstens sicherstellen, dass Menschen, die für eine Leistung zahlen, nicht betrogen werden. Zweitens müssen wir sicherstellen, dass wir uns nicht in die eigene Tasche

lügen. Sonst werden die CO₂-Bilanzen überhaupt nicht mehr stimmen. Das fällt auf uns alle zurück. Deswegen ist es wichtig, in dieser Richtung weiterzumachen.

Richtig begeistert hat mich, dass Herr Professor Graßl in seiner offenen Art festgestellt hat, dass das niederbayerische Werk ein Fossil ist. Damals hat Herr Huber auf Herrn Stoiber eingewirkt, um eine CO₂-Bilanz zu bekommen, die nicht unseren Vorstellungen entspricht. Offensichtlich ist er immer noch der Schutzpatron der Kernenergie. Wenn er das bleiben will, muss er sich gegen die bayerische Bevölkerung stellen. Die ist auf diesem Weg viel weiter.

Wir wollen aus der Kernenergie heraus, und zwar so schnell wie möglich. Wenn Sie sagen, es handle sich um eine Brückentechnologie, dann beruht das auf Ihrer Erklärungsnot, in der Sie sich in dieser Frage befinden. Sie wissen genau, dass die Menschen das Zeug nicht mehr wollen. Aber Sie halten weiterhin daran fest, in der Hoffnung, dass es einen Schwenk gibt. Da werden Sie sich irren. Die Menschen wollen das nicht, weil sie sich nicht Millionen von Jahren der Zukunft durch eine überkommene, alte Technologie, die längst erledigt ist und nur in den Köpfen mancher CSU-Leute steckt, verbauen lassen wollen.

Das wird sich noch geben. Wir haben gerade erlebt, dass Sie in der Frage des Pro-Kopf-Ausstoßes und auch in vielen anderen Dingen einen Schwenk machen.

Ich erkenne an, dass es in der CSU beim Klimaschutz einen gewissen Wandel in den Köpfen gibt. Das ist offensichtlich auch jungen Abgeordneten geschuldet, die die Dinge ernster nehmen als die Vorgänger. Über den Wandel freue ich mich. Aber es ist ein halbherziger Schritt. Wir müssen die Entwicklung beschleunigen. Wir müssen mehr tun. Bei den Anreizprogrammen dürfen wir nicht immer darauf warten, was uns der Bund gibt, sondern müssen letztlich selber kräftig dazulegen. Dies haben wir nicht getan.

Das beste Beispiel ist das von Ihnen so groß propagierte Programm zur Sanierung staatlicher Gebäude. Dieses Programm haben Sie mit Mitteln ausgestattet, die geradezu lächerlich sind. Wenn wir das Programm mit den Mitteln, die Sie bereitstellen, durchziehen, brauchen wir 25 Jahre. 25 Jahre lassen Sie das Klima warten, selbst bei den staatlichen Gebäuden, statt eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Im Übrigen könnten damit aufgrund niedrigerer Heizkosten viele Steuermittel eingespart werden. Stattdessen lässt man es tropfen und tröpfeln. Ich vermisse im Übrigen auch dort die ehrliche Bilanz, ob die Ziele, die wir uns gesetzt haben, mit dem, was wir verbauen, tatsächlich erreicht werden. Es wäre spannend, zu überprüfen und zu evaluieren, was dort los ist.

Mit Genugtuung nehme ich zur Kenntnis, dass Sie sagen, dass die Taktiererei, die Minister Schnappauf als Luftblasen- und Sonntagsredner begonnen und die Herr Söder fortgesetzt hat, nun unterbrochen wird, weil gesagt wird: Wir müssen das, was wir wollen, auch dahin gehend evaluieren, ob es erreicht wird. Das war bisher nicht der Fall; das hat man bisher verweigert. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie das jetzt zusammen mit uns wollen. Wir sind gespannt, wie diese Berichte ausfallen werden und vor allem, welche Konsequenzen wir daraus ziehen werden, ob wir bei solchen Fragen nicht wieder doch mehr ins Ordnungsrecht gehen müssen, statt auf freiwillige Selbstverpflichtungen zu setzen. Das wird uns nämlich auf Dauer nicht weiterbringen. Nein, Kolleginnen und Kollegen, ganz im Gegenteil: Wenn wir das, was wir selbst alle zusammen - das sage ich ausdrücklich - angerichtet haben, korrigieren wollen, müssen wir dies schleunigst gemeinsam tun, aber auch dafür Sorge tragen, dass das, was wir wollen, auch kontrolliert und evaluiert wird, um sicherzustellen, dass dies nicht wieder Luftblasen werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir jährlich nachjustieren. Es kann auch einmal sein, dass ein falscher Weg dabei ist; das will ich gar nicht bestreiten. Wir bewegen uns auf einem neuen Feld.

Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. Wir hätten Ihrem Antrag gerne zugestimmt, wenn Sie die Kernenergie und alle anderen wesentlichen Punkte, die in unserem Antrag stehen und wesentlich weitergehend sind als in Ihrem Antrag, aufgenommen hätten. Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten und dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Wir beschäftigen uns heute mit einem Thema, nämlich dem Klimaschutz, bei dem wir im Grunde genommen alle an einem Strang ziehen müssen, weil wir am Ende alle im selben Boot sitzen. Insofern bin ich der Opposition durchaus dafür dankbar, dass sie das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, weil es natürlich nicht reicht, nur nach Kopenhagen zu blicken und zu hoffen, dass dort gute, ambitionierte Ziele formuliert werden. Klimaschutz ist am Ende immer eine praktische Angelegenheit, bei der es darauf ankommt, konkret im eigenen Wirkungsbereich Verbesserungen zu erzielen, die auf CO₂-Vermeidung gerichtet sind.

Damit enden aber leider auch schon die Gemeinsamkeiten; denn wenn ich mir die Anträge der Opposition, sowohl der GRÜNEN als auch der SPD, ansehe, muss

ich feststellen, dass Sie alleine bei den Zielen stehenbleiben und an dieser Stelle Ihren üblichen ideologischen Überbau leider nicht verlassen können. Besonders an Sie gerichtet, Herr Hartmann, muss ich ehrlich sagen - das möchte ich vorwegschicken -, dass ich fast davon enttäuscht bin, dass es Ihnen nicht gelungen ist, in Ihrem Antrag die Kernenergie unterzubringen; denn sonst lassen Sie ja keine Gelegenheit aus, eine Debatte über die Kernenergie zu führen.

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, was Bayern in den letzten Jahren beim Klimaschutz erreicht hat. Bayern hat über Klimaschutz gesprochen und hat Klimaschutzprogramme aufgelegt, als Sie vermutlich noch zur Schule gegangen sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben seit 2000 ein Klimaschutzkonzept mit ambitionierten Zielen, mit konkreten Maßnahmen, die am Ende auch Wirkung entfalten. 2003 ist es fortgeschrieben worden. 2007 ist es sehr ambitioniert fortgeschrieben und mit einem gewaltigen, einem wuchtigen Haushaltsvolumen unterlegt worden. Wir sprechen immerhin über 350 Millionen Euro. Das ist eine Hausnummer, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Das hat auch dazu geführt, dass Bayern heute - das haben Sie ja zugestanden - beim Klimaschutz Vorreiter ist. Man kann nicht immer nur auf die prozentualen Veränderungen blicken, sondern wir müssen auch sehen, wo wir heute stehen. Heute wird in Bayern pro Kopf ein Drittel weniger CO₂ ausgestoßen als im bundesweiten Durchschnitt. Das ist eine Zahl, die Sie bitte zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig Recht: Klimaschutz stellt uns vor eine gewaltige Aufgabe, der wir uns auch stellen müssen. Da kann man gar nicht gut genug sein; das steht völlig außer Frage. Man darf dann aber nicht nur über Ziele reden, sondern man muss auch über konkrete Maßnahmen sprechen. Lieber Herr Hartmann, da bleibt Ihr Antrag reichlich unkonkret: Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung - was denken Sie denn, was im Bayerischen Klimaschutzprogramm steht? Ausbau der erneuerbaren Energien - ja was passiert denn in Bayern im Moment? Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass in Bayern weltweit die größte Fotovoltaikkapazität installiert ist. Ob das gut oder nicht gut ist, sei dahingestellt. Daran sehen Sie aber, dass hier etwas passiert. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Verstärkte Sanierung der öffentlichen Liegenschaften - jawohl, man könnte mehr machen. Wir machen viel und setzen 150 Millionen Euro für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden ein, übrigens der Bereich, in dem sich CO₂ am effizientesten vermeiden lässt.

Zum SPD-Antrag gerichtet, Herr Wörner: Wir sind uns, das ist auch bei Ihnen deutlich geworden, im Grunde darin einig, wohin wir wollen und dass wir uns insgesamt auf einem sehr ambitionierten Pfad befinden. Ich muss Ihnen aber sagen: Ziele zu haben, von mir aus auch ambitionierte Ziele zu haben - wir können über eine Tonne hin oder her reden - ist gut, aber nicht ausreichend. Deswegen möchten wir weder dem Antrag der GRÜNEN noch dem Antrag der SPD zustimmen, sondern umgekehrt um Unterstützung für unseren Antrag werben, weil wir glauben, dass sehr viel mehr damit gewonnen ist, auf das Konkrete zu schauen, bei dem wir am Ende des Tages tatsächlich eine Verbesserung erreichen können.

Ganz konkret sehen wir zwei Handlungsfelder, in denen wir tätig werden müssen. Das eine ist völlig unzweifelhaft: Nach Kopenhagen, was immer dort auch herauskommen mag - wir alle hoffen natürlich, dass dort ein großer Wurf gelingt -, wird es notwendig sein, das bayerische Klimaschutzprogramm mit ambitionierten Zielen anzupassen. Man kann durchaus sagen: deutlich unter sechs Tonnen. Das ist ein Ansatz, und das heißt nicht 5,99, lieber Herr Hartmann, sondern "deutlich unter" ist nach meinem Verständnis etwas anderes. Natürlich ist es notwendig, dass wir auch ein genaueres Monitoring, eine genauere Evaluation dessen hinbekommen, wo wir stehen. Hierfür ist es natürlich nicht hilfreich, lieber Herr Wörner, wenn wir, wie in Ihrem Antrag gefordert, jährlich einen Klimaschutzbericht bringen; denn dann bewegen wir uns in einem Bereich statistischer Schwankungen, in dem sich keine sinnvollen Aussagen treffen lassen. In einem Jahr eines Wirtschaftsrückgangs stehen wir in der CO₂-Bilanz plötzlich sehr gut da. Das ist aber nichts Nachhaltiges. Wir müssen also über angemessene Zeitabstände sprechen.

Wir müssen dann den Blick auf das richten, was uns in Bayern bewegt, nämlich insbesondere die Situation im Alpenraum. Wir haben sehr viel dramatischere Veränderungen zu bewältigen als viele andere Länder in der Region. Wir müssen über die Energieoptimierung öffentlicher Gebäude sprechen, weil die energetische Gebäudesanierung der Bereich ist, in dem man mit jedem eingesetzten Euro am meisten CO₂ vermeiden kann. Wir müssen natürlich auch beachten, welche Wirtschaftsstruktur wir in Bayern haben. Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik waren nie ein Widerspruch und sind auch kein Widerspruch. Es besteht die Chance, Bayern zum Elektromobilitätsland Nummer 1 zu machen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Es schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern wird uns am Ende auch helfen, die Emissionen gerade im Verkehrsbereich wesentlich zu reduzieren.

Wir müssen auch über die Forschung sprechen. In den vergangenen Jahren wurde schon viel gemacht; wir

können aber sicherlich noch nachlegen. Das ist die eine Säule, in der es um das Klimaschutzprogramm und um dessen Überarbeitung im Lichte von Kopenhagen geht.

Die andere Seite - das ist ein Blickwinkel, der mir persönlich auch sehr wichtig ist - ist, dass wir bei allem, was wir tun, die Kostenkurve im Auge behalten. In den letzten Jahren haben wir leider die Situation gehabt, dass an manchen Stellen Wildwuchs entstanden ist. Man hat gesagt: Hier steht Öko drauf; hier lässt sich CO₂ vermeiden; rein damit. Man hat aber nicht gesehen, welche Vermeidungskosten entstehen. Wir halten es für erforderlich, dass der Energieatlas, der sich in der Entwicklung befindet, unter diesem Blickwinkel den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen, den Unternehmen und der öffentlichen Hand insgesamt eine gewisse Handreichung darüber gibt, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Der Energieatlas ist ein ambitioniertes Projekt, das wir nachhaltig unterstützen. Wir würden uns wünschen, dass sich daraus am Ende eine Art CO₂-Leitfaden entwickeln ließe, ein Leitfaden zur Vermeidung von CO₂, und zwar zu einer kosteneffizienten Vermeidung.

Wir sehen insgesamt drei Bereiche, bei denen wir ansetzen müssen. Ein Bereich ist die Energieeffizienz, und zwar in allen Bereichen: Gebäude, Verkehr und Energieerzeugung. Ein weiterer Bereich sind neue Energien. Es ist klar: Wir müssen den Energiemix weiterentwickeln. Wir haben Ziele, die immer noch ambitionierter sein können; sie müssen aber auch auf bayerische Gegebenheiten passen. Wir haben nun eben einmal nicht so viel Wind wie an der Nordsee, und bei uns scheint nun eben die Sonne nicht so oft wie in anderen Ländern. Das möchten wir mit unserem Antrag, gerne auch im Wettbewerb um ambitionierte Ziele, erreichen. Aber wichtig ist es am Ende, im finanziellen Rahmen auch das Vernünftige zu tun. Das möchten wir mit unserem Antrag erreichen, und dafür werben wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Blume, kommen Sie bitte schön noch einmal an das Rednerpult zurück, denn der Herr Kollege Hartmann hat sich ganz am Schluss noch schnell zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Blume, ich habe noch eine Frage zur Kraft-Wärme-Kopplung. Sie haben angesprochen, dass die Staatsregierung diese weiter fördern möchte. Wie passt es eigentlich zusammen, dass in der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses einem Antrag der FDP-Fraktion zugestimmt wurde, wonach die Regelung, dass Biogas nur

in Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden darf, im Erneuerbaren-Energie-Gesetz über eine Bundesratsinitiative gestrichen werden soll, da man doch eigentlich die Kraft-Wärme-Kopplung fördern möchte? Soweit mir noch bekannt ist, habe ich im Papier des Wirtschaftsministeriums vom Frühsommer dieses Jahres zur Energiesicherheit in keinem Punkt die Kraft-Wärme-Kopplung gelesen. Es war eine ganze Reihe aufgezählt, was man machen möchte. Aber nirgendwo stand die Kraft-Wärme-Kopplung. Wie passt das eigentlich mit Ihrer Aussage zusammen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Blume, bitte schön.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Hartmann, ich habe Ihnen vorhin schon erklärt, dass die jeweilige Lösung passgenau sein muss. Man kann generell die Aussage machen: Die Kraft-Wärme-Kopplung hilft uns, mit der Energie effizienter umzugehen, sie hilft uns, nicht nur Strom, sondern gleichzeitig die Wärme zu nutzen. Nur: Es muss jeweils passgenau sein. Da reicht es nicht zu sagen, wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung in der Fläche ausdehnen. Ich möchte darauf hinweisen, es gibt Situationen, wo heute Industrien, die in großem Maße in die Kraft-Wärme-Kopplung gegangen sind, gar nicht mehr in der Lage sind, die Wärme wegzubekommen. Das heißt, die Kraft-Wärme-Kopplung kommt irgendwo an ihr Ende. Es muss also alles im vernünftigen Rahmen stattfinden. Und das bitte ich Sie bei dieser Diskussion zu sehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat der Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Klimaprogramm 2020 der Bayerischen Staatsregierung ist oberflächlich und schwammig, lieber Herr Blume. Die Ziele sind unexakt definiert. Eine Erfolgskontrolle ist nicht eingebaut. Ein visionärer Klimaschutz sieht anders aus. Ich denke, es ist heute nicht für eine Lobhudelei und nicht dafür geeignet, sich selbst zu loben. Sich zurückzulehnen und sich auf dem verhältnismäßig niedrigen CO₂-Fußabdruck auszuruhen, ist völlig unangebracht.

Bayern muss Vorbildfunktion übernehmen. Wir müssen beim Klimaschutz die Vorreiterrolle übernehmen. Wir haben innovative Unternehmen und die Möglichkeiten, dort diese Vorreiterrolle zu stärken.

Beim Klimaprogramm 2020 haben Sie 150 Millionen Euro für die energetische Sanierung eingestellt. Wenn wir unser Abenteuer anschauen, das wir jetzt in Österreich erlebt haben, hätten wir für diese 3,75 Milliarden

all unsere öffentlichen Gebäude, all unsere Staatsgebäude energetisch sanieren können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Schauen Sie den Energieverbrauch unserer staatlichen Gebäude an. In welchem erheblichem Maße werden unsere Haushalte belastet! Welche Entlastung wäre möglich gewesen! Wenn wir jetzt nach Kopenhagen schauen, wäre es wünschenswert, dass von Kopenhagen zum Beispiel ein Signal für den Luftverkehr ausgeht. Denn der Luftverkehr ist der größte Klimakiller und Klimabelaster. Es wäre endlich notwendig, dass für das Hätschelkind Luftverkehr eine weltweite Kerosinsteuer eingeführt wird. Das wäre unserer Umwelt geschuldet. Hier könnte die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen, und dafür könnte Bayern einen Anstoß geben.

Kommen wir auf die drei Anträge zu sprechen:

Der Antrag der GRÜNEN ist für mich inhaltlich sehr gut. Leider konnten wir uns mit den GRÜNEN nicht darauf verständigen, dass wir beim Thema "Straßenbau" den Straßenerhalt streichen. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag leider der Stimme enthalten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bei dem Antrag der SPD-Fraktion halten wir Ziffer IV 10, wonach die Gewinne der Bayerischen Staatsforsten wieder vollständig in den Aufbau neuer Mischwälder investiert werden, für zu weitgehend. Es muss schon möglich sein, dass auch Einnahmen im Haushalt zum Beispiel für Bildung und Soziales investiert werden können. Also hier nur zu sagen, wir brauchen diese Mittel ausschließlich wieder für den Aufbau der Forsten, ist für uns zu weitgehend.

Als Letztes haben wir den Antrag von CSU und FDP vorliegen. Hier möchte ich die Elektromobilität herausgreifen. Am 23. Juni haben wir in diesem Haus schon einmal über die Chancen des Klimaschutzes und der Klimawirtschaft diskutiert. Zwei Millionen neue Jobs wären möglich; 750.000 hat die Automobilindustrie, eine Million könnten in der Öko-Energie geschaffen werden. Nehmen wir etwa die Elektromobilität: Wir haben ein Programm der Staatsregierung und wir investieren in die Region Nürnberg/Fürth 115 Millionen Euro. Nehmen Sie diese 115 Millionen und stärken Sie die Region Nürnberg/Fürth in der Elektromobilität. Schaffen Sie dort Forschungsstandorte für Firmen, die auf dem Gebiet der Elektromobilität aktiv sind. Wir haben viele kleine Betriebe und Mittelständler. Wir haben in Oberfranken ein Konsortium aus Automobilzulieferern wie etwa ofraCar. Wenn wir diese mit unseren Unternehmen MAN, Cefar, ZF, Bose und Bosch flankieren, die alle im Automobilbau tätig sind, dann

werden wir den Standort Nürnberg/Fürth stärken können. Wir würden dann Strukturpolitik für Oberfranken betreiben, wenn wir dort tätig würden.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Schaffen Sie als Staatsregierung Anreize für die Elektrofahrzeuge. In China und in Japan wird das gemacht. Man wird uns dort wieder überholen, wie es beim Hybridmotor schon einmal der Fall war.

Zuletzt: Ich bin schon gespannt darauf, was uns zum Abschluss unser Lebensminister, Herr Dr. Söder, wieder vom Erhalt der Schöpfung, von der Wirtschaftskompetenz und von der Umweltkompetenz der Staatsregierung erzählen wird.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Wirtschaftskompetenz haben Sie in den letzten zwei Jahren verloren. Beim Umwelt- und Klimaschutz sind Sie dabei, Kompetenz zu gewinnen. Es ist wie bei einem Kleinkind: Wenn man es oft genug lobt, wird es beim Laufen immer besser werden. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe gerade eine Anmeldung zur Zwischenintervention. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das ein bisschen früher machen würden, dann können wir uns darauf einstellen. - Bitte schön.

(Hubert Aiwanger (FW): Bewegung ist gesund, Bewegung schadet nicht!)

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Der Herr Glauber war so schnell fertig, deswegen war es so kurzfristig.

Herr Glauber, Sie sagten gerade, bei unserem Antrag könnten Sie die Kürzung der Finanzmittel für den Neubau von Straßen zu Gunsten des Straßenerhalts nicht mittragen. Sie von den Freien Wähler meinen, die Finanzmittel, die eingestellt worden sind und werden, muss man ausschöpfen. Da kürzen wir gar nicht. Sie wollen das dann umschichten. Aber Sie wollen es ausschöpfen. Meinen Sie nicht, dass es an der Zeit ist, dass auch in Bayern darüber nachgedacht wird, dass man nicht Neubauten von Straßen in dem Maße realisieren muss, wie man es früher gemacht hat, sondern dass man mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr und die CO₂-Reduzierung setzen muss? Gerade in diesem Zusammenhang müssen Sie auch so etwas sehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Glauber, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FW): Das ist kein Widerspruch in sich. Denn wir haben nicht gesagt, dass wir den öffentlichen Nahverkehr nicht stärken wollen. Nur: Ich kann Ihnen sagen, es gibt genügend Haushalte, wie wir in der Kommunalpolitik immer wieder erleben, bei denen man sagt: Sobald eine Straße gebaut wird, stimmen wir Ihrem Haushalt nicht zu. Das ist halt leider nicht möglich. Wir müssen immer abwägen, was möglich ist. Deshalb können wir leider nicht zustimmen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat nun der Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort. Bitte schön, Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte am Anfang meiner Rede die Feststellung, dass unser Konstrukt "Dringlichkeitsantrag" eine ganz besondere Dringlichkeit erfährt. Ich bedauere es außerordentlich und zeige mich davon auch enttäuscht, dass die Dänen soeben als Gastgeber von Kopenhagen verlaublich haben, dass sie das Ziel, ein umfassendes Klimaabkommen zu erreichen, aufgegeben haben. Ich bedauere das sehr, denn es werden hier auch Chancen für die kommenden Generationen aufs Spiel gesetzt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- "Ticker" lesen, liebe Fraktion der GRÜNEN. Wenn Sie Kopenhagen so intensiv verfolgen, werden Sie das sicherlich auch mitbekommen haben. Das kam soeben über den "Ticker".

Nichtsdestotrotz und vor allem deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur nach Kopenhagen schauen, sondern dass wir das Thema des Klimawandels heute auch hier im Hohen Haus des Bayerischen Landtags diskutieren und uns diesem Thema zuwenden. Ich glaube aber nicht, dass es - wie im SPD-Antrag gefordert - einer expliziten Feststellung bedarf, um die Bedeutung der Klimakonferenz als Ziel ins Bewusstsein des Bayerischen Landtages zu rücken.

Ich glaube auch nicht, dass wir den Bund auffordern und für das Thema sensibilisieren müssen. Denn gerade unsere Bundeskanzlerin hat sich stets für den Klimawandel eingesetzt und ist sogar in den hohen Norden gefahren, um das Abschmelzen der Gletscher zu beobachten.

(Lachen und Zurufe von den GRÜNEN)

Obwohl sie heute nicht mehr dort oben steht, hat sie das Abschmelzen festgestellt.

Im Übrigen ist Herr Rüttgers ebenfalls nach Kopenhagen geeilt, wobei da schon ein ambitionierter Spagat zu sehen ist. Heute bekämpft er in Kopenhagen den Treibhauseffekt und letzte Woche noch hat er den Bau neuer Kohlekraftwerke gefordert. Das ist spannend. Wir werden das weiter verfolgen.

Dennoch müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Klimawandel mit Vernunft begleiten und dürfen ihm nicht mit Hysterie begegnen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir werden ihn vielleicht eindämmen, jedoch nicht verhindern können.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns entsprechend anpassen. Anders als die GRÜNEN sind wir der festen Überzeugung, dass neben den vielen engagierten Bürgern und Bürgerinnen auch die Wirtschaft ein Teil der Lösung unserer Klimaprobleme ist. Natürlich müssen wir auch hier weiter sensibilisieren. Jedoch sind das Know-how und das technologische Potenzial gerade hier in Bayern vorhanden und hervorzuheben.

Ich möchte mich explizit für die Anstrengungen unseres Wirtschaftsministers Martin Zeil bedanken,

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

der von Anfang an ganz bewusst auf die Innovationen im Energiebereich gesetzt hat.

(Unruhe und Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Er hat die Umwelttechnologien unterstützt und geht mit bayerischen Unternehmen auf Reisen, um die Innovationen und die bayerische Umwelttechnologie von Bayern aus in die Welt zu tragen. Das ist ein wichtiger Beitrag für Bayern und ein wichtiger Beitrag generell für den Klimaschutz. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister!

(Zurufe von den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Da klatscht ja gar niemand!)

Wie Sie wissen, stehen wir für eine vernünftige Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie und sind der Meinung, dass die Ökonomie langfristig nur gedeihen kann, wenn sie auf einer intakten Umwelt und der damit verbundenen Nachhaltigkeit basiert. Demzufolge sehen wir das prinzipielle Verhindern von Infrastrukturmaßnahmen, wie im Antrag der GRÜNEN gefordert, nicht für richtig an. Ich glaube, Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sind da ökonomisch wie auch ökologisch auf dem Holzweg.

Wir wollen einen Energiemix der Zukunft, der die Kernenergie als Brückenenergie zu den erneuerbaren Energien hin vorsieht. Die Erlöse aus der Laufzeitverlängerung sollen in die Innovationsforschung für die erneuerbaren Energien gesteckt werden.

Es ist somit eine falsche Behauptung, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu sagen, dass die herkömmlichen Energien die erneuerbaren Energien behinderten. Im Gegenteil. Diese Behauptung wird auch nicht dadurch richtiger, wenn diese falsche Behauptung immer wieder formuliert wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann zu?

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe noch sehr viele Sachen zu sagen, mit denen ich Herrn Hartmann weiter reizen werde; deswegen empfehle ich Ihnen, Herr Hartmann, Ihre Frage bis zum Schluss aufzuheben. Sie können dann gebündelt auf meine Rede eingehen.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Theresa Schopper (GRÜNE): Schwerer Start für ihn! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gut, Herr Thalhammer, fahren Sie also fort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns alle einig, dass wir CO₂ vermindern und sorgfältig damit umgehen wollen. Aber, liebe SPD-Kollegen, in Ihrem Antrag prangern Sie zwar zu Recht das Abholzen der Tropenwälder an, weil natürlich jeder abgeholzte Baum weltweit uns von unseren CO₂-Zielen weiter entfernt. Aber bitte kehren Sie auch vor der eigenen Haustür. Statt nur auf den Tropenwald zu sehen, schauen Sie bitte auch mal in den Bayerischen Wald. Fernab der Heimat prangern Sie das Abholzen an und in Ihrer eigenen Heimat schauen Sie sang- und klanglos zu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer will denn den Nationalpark Steigerwald? Wer tritt denn dafür ein?)

Sie begrüßen es sogar, wenn sich der Borkenkäfer breitmacht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer will nun den Steigerwald?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Gote, regen Sie sich bitte ab!

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie schauen zu, wie der Borkenkäfer ungehindert hektarweise Bäume auffrisst.

(Erneute Zurufe von den GRÜNEN)

Jeden dieser Bäume würden wir dringend für den Abbau von CO₂ benötigen. Jeder vom Borkenkäfer zerfressene Baum forciert den Klimawandel.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir schwächen dadurch den Klimaschutz mit über drei Millionen Tonnen CO₂.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Menschen für den Klimawandel begeistern und dürfen nicht nur immer neue Bürokratie schaffen. Wir schaffen immer neue Regelungen. Eine immer neue Bürokratie ist nicht der richtige Weg, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Wir müssen es schaffen, nicht nur Freaks für einen vernünftigen Umgang mit unseren Ressourcen zu begeistern, und umwelt- und energieeffizient zu leben. Wir brauchen jeden einzelnen Bürger, auch die Bürger, die nicht als oberstes Lebensziel eine Steigerung der Energieeffizienz anstreben. Und um alle Menschen zu begeistern und mitzunehmen, brauchen wir demzufolge auch vernünftige und realistische Ziele. Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten und weiter sensibilisieren.

Kopenhagen - ich habe auf den traurigen Verlauf hingewiesen - sollte Kyoto fortsetzen und erweitern. Ich glaube aber schon, dass mit Aktionen wie sie die Stadt Kyoto mit dem "Do you Kyoto?-Day" an jedem Sechzehnten im Monat vorlebt, an dem man die Leute mit Aktionen sensibilisieren und sie immer wieder darauf hinweisen möchte, wie wichtig es ist, mit unseren Ressourcen schonend umzugehen, etwas für den Klimaschutz erreicht werden kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie produzieren doch nur heiße Luft!)

Ich glaube, dass es uns dadurch gelingt, die Leute weiter zu sensibilisieren und zu begeistern.

Ich begrüße es auch, dass von Schulen Bäumen gepflanzt werden und sich Umweltminister Söder hierfür explizit einsetzt.

(Zurufe und Lachen bei den GRÜNEN)

Mit solchen Aktionen können wir neben den Freaks auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Wir sollten weiterhin auf Überzeugungsarbeit statt auf

neue Bürokratie setzen und uns nicht im Bürokratie-dschungel verzetteln.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zu einer Zwischenintervention hat nun der Kollege Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Thalhammer, Sie hätten die Zwischenfrage ruhig zulassen können, Sie wäre nicht lang geworden, denn Sie haben jetzt gar nicht so sehr viel Konkretes mehr gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur ganz kurz: Eines erstaunt mich doch. Ihr Antrag hat die Überschrift "Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen". Als Hauptkritikpunkt gegen unseren Antrag nennen Sie die Verkehrspolitik. Sieht denn die FDP den Bau der A 94 und den Bau der dritten Startbahn als Beitrag zum Klimaschutz? Habe ich das richtig verstanden? Wo wird das denn bei Ihnen kritisiert? Sie setzen auf die dritte Startbahn und auf den Ausbau der Straßen und sehen darin einen Beitrag zum Klimaschutz. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Hartmann, ich glaube, dass ich meinen Satz zur vernünftigen Partnerschaft zwischen Ökologie und Ökonomie mittlerweile so häufig gesagt habe, dass er eigentlich bei jedem hier im Hohen Hause angekommen sein müsste. Bei Ihnen anscheinend noch nicht. Deshalb wiederhole ich ihn.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe formuliert, dass natürlich die Wirtschaft mitmachen muss. Wir brauchen aber eine funktionierende Wirtschaft, um uns Ökologie leisten zu können. Ich habe also gesagt, dass die Wirtschaft auch einen Teil zur Unterstützung unserer Klimaziele beitragen wird. Demzufolge brauchen wir eine starke Wirtschaft, um uns die Ökologie leisten zu können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach so!)

Gerade das Thema Flughafen haben wir gestern schon gehabt und können es auch immer wieder bringen, lieber Herr Hartmann. Der Münchner Flughafen ist eine Erfolgsgeschichte; er ist ein Garant für Arbeitsplätze und den Wohlstand in unserer Region und für ganz Bayern. Demzufolge müssen wir ihn auch unterstützen,

auch im Interesse dessen, dass wir Umweltschutz betreiben können.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Als Nächster hat nun das Wort Herr Staatsminister Dr. Markus Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist heute ein wirklich wichtiger Tag, ein Tag der weit über die Debatte hinausgehen wird, die wir jetzt hier im Landtag führen. Die Bewegungsszenarien, die wir mit dieser Debatte hier erreichen, sind wahrscheinlich deutlich geringer als das, was wir an anderer Stelle, nämlich in Kopenhagen, erreichen wollen.

Manches Argument, das zwischenzeitlich ausgetauscht wurde, wird, ehrlich gesagt, dem Anlass nicht gerecht. Die Grundproblematik, vor der wir stehen, ist doch, dass Beschlüsse, die getroffen werden, das eine sind, die Änderung des Klimas aber sowieso vorstatten geht - und das ist das andere -, wenn die Politik weltweit nicht in der Lage ist, grundlegendere Maßnahmen zu treffen und diese Maßnahmen nicht nur durch große Beschlüsse und Reden vorzugeben, sondern sie untereinander auch einzuhalten. Diese Veränderung ist nicht nur eine Frage von schönem oder schlechtem Wetter. Sie wird am Ende die Menschen in allen Bereichen treffen. In manchen Ländern der Welt wird es nicht nur Wanderungsbewegungen geben, sondern zum Teil sogar kriegerische Auseinandersetzungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Oh!)

Darum ist das eine fundamentale Herausforderung, und darum ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, Anspruch und Auftrag eines jeden Einzelnen, egal wie er politisch denkt, egal wie er sich ideologisch einordnet, egal ob er der Regierung oder der Opposition angehört, seinen Fundamentalbeitrag zu bringen, das Klima in der Welt so zu behandeln, dass es auch für die nächste Generation noch verträglich ist.

Ich war am Dienstag in Kopenhagen. Verglichen mit dem Bericht des Vertreters beispielsweise der Malediven, erscheinen die Probleme, die wir haben, wie Luxusprobleme. Er hat schlicht und einfach davon berichtet, dass die Existenz seines Volkes überhaupt zur Disposition steht. Denn wenn der Meeresspiegel weiter so steigt, kann der Süßwasserbereich nicht mehr erreicht werden, sodass die Menschen wandern müssen. Das sind andere Probleme.

Auch wir stehen natürlich vor Herausforderungen, in Bayern aktuell. Der Umweltausschuss war letzte

Woche auf dem Schneefernerhaus dabei. Wir haben mit verschiedenen Klimaforschern diskutiert, welche Veränderungen sich für Bayern ergeben. Wenn die Gletscher schmelzen, wird sich nicht nur der Wasserhaushalt fundamental verändern mit mehr Hochwassergefahr im Süden und der Problematik von zu wenig Wasser im Norden. Die Flora und Fauna verändern sich. Wenn wir wissen, dass sich schon durch ein Grad Klimaveränderung die Vegetationszone um 200 bis 300 Meter in die Höhe verschiebt, wird die Frage sein, ob das Fichtelgebirge in 30 Jahren durch die umfassenden Veränderungen des Waldökosystems überhaupt noch seinen Namen tragen kann. - Dies, meine Damen und Herren, sind alles fundamentale Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Darum müssen wir eine zweigleisige Strategie fahren. Erstens: Wir brauchen den Klimaschutz und wir bräuchten dazu in Kopenhagen verbindliche Ziele. Wir bräuchten übrigens auch einen Sanktionsmechanismus. Denn woran es seit Jahren krankt, ist nicht etwa, dass nicht viele guten Willens sind, sondern ob das, was versprochen wird, auch eingehalten wird. Wenn es uns nicht gelingt, wie zum Beispiel bei der WTO, klare Strafsanktionen zu erlassen, dass Länder, die etwas versprechen und es nicht halten, davon betroffen sind, wird das auf Dauer eine Riesenproblematik.

Zweitens: Es bedarf auch einer Klimaanpassung. Vorhin wurde gefragt, ob wir den Bund brauchen oder nicht. Dazu muss ich Ihnen sagen: Wir in Bayern geben in den nächsten Jahren viel Geld aus, fast eine Dreiviertelmilliarde, übrigens unabhängig von den Fragen, die gestern oder vorgestern diskutiert wurden. Wenn der Bund, damals unter Bundesumweltminister Gabriel, überlegt hat, dass aus den Erlösen des Emissionshandels Klimaanpassungsmaßnahmen ausschließlich im Ausland, nicht in Deutschland, finanziert werden, dann muss ich Ihnen sagen: Zunächst einmal muss sich die deutsche Politik um das eigene Land kümmern und helfen. Dazu bedarf es Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Natürlich sind wir nicht perfekt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

- Herr Magerl, Sie sind da jetzt gerade zu mir gekommen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ich war in Geiselauf der Bahn!)

Sie haben sich offensichtlich die Rede Ihres eigenen Kollegen Hartmann nicht anhören wollen. Denn zu Be-

ginn der Debatte waren ganze drei Grünen-Abgeordnete da, bei so einem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

So wichtig kann es also wohl nicht sein.

Meine Damen und Herren, keiner sagt, dass wir perfekt sind. Keiner sagt, dass wir am Ziel sind. Aber wenn man umgekehrt argumentiert, wir seien so schlecht, dann bitte ich doch, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Wir liegen mit rund 6,5 Tonnen CO₂-Emission pro Einwohner und Jahr deutlich unter dem deutschen Schnitt. Zum Vergleich: Brandenburg - nicht von der CSU und der FDP regiert, Herr Thalhammer - 22,8 Tonnen. Bremen - dort sind sogar die GRÜNEN in der Verantwortung - 19,1 Tonnen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich will nicht sagen, dass die anderen alle Schuld auf sich laden. Aber ich möchte klarstellen, dass Bayern deutlich besser ist als Länder, die von Rot-Grün regiert werden. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Übrigens bezieht das Umweltministerium seit Jahren ausschließlich Ökostrom, der zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Ob alle Bereiche, für die Sie Verantwortung tragen, das auch tun, weiß ich nicht.

Ich möchte in die Vergangenheit zurückschauen. Wir lassen uns an dem messen, was wir tun. Das ist manchmal gar nicht leicht. Da gibt es Herausforderungen, da gibt es auch manchmal Streitfragen, da gibt es auch Widersprüche. Da muss man manchmal kämpfen, um Gegenwartsinteressen mit Zukunftsherausforderungen in Einklang zu bringen.

Aber ich erinnere zum Beispiel daran, dass eine rot-grüne Bundesregierung 1998 - zur historischen Wahrheit ist das wichtig zu erwähnen - in ihrer Koalitionsvereinbarung das Ziel ausgegeben hat, den CO₂-Ausstoß zwischen 1990 und 2005 um 25% zu mindern. Die rot-grüne Bundesregierung, insbesondere mit Herrn Trittin, hat diese Einsparziele in jeder Form verfehlt. Ich bin ja nun wirklich offen für neue Argumente. Aber das, was Trittin in seiner Amtszeit geleistet hat, ist bestenfalls nichts im Vergleich mit dem, was Bayern geleistet hat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Lieber Herr Glauber, Sie sagen, das Bayerische Klimaprogramm sei ein bisschen zu schwammig. Wir verdoppeln den Beitrag der erneuerbaren Energien bis

2020 im Endenergiebereich auf 20 %, wir erhöhen die Endenergieproduktivität in Bayern um 30 %, wir geben 750 Millionen Euro für alle Bereiche des Klimaschutzes aus - wenn sie irgendwo etwas vergleichbar Konkretes finden würden, dann sollten wir uns über die Begrifflichkeit des Wortes "schwammig" noch einmal unterhalten. Das war ehrlich gesagt nichts.

Lieber Herr Wörner, der Professor, den Sie erwähnt haben, heißt übrigens Graßl, nicht Glasl - Glasl ist etwas anderes.

(Heiterkeit bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Hab ich doch gesagt!)

Herr Professor Graßl, den wir alle sehr schätzen, hat mich übrigens letzte Woche in einem Interview sogar gelobt - nur zur Kenntnisnahme -, nicht nur Herr Thalhammer, vielen Dank.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der war ja nicht dabei!)

- Ich weiß, das tut alles weh, aber nachdem Sie das auch so sehen, freut mich das sehr.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer solche Freunde hat, Herr Söder!)

Wir sagen, dass wir realistische Ziele wollen. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Magerl in einer Debatte in diesem Jahr - seit einigen Minuten hier im Raum - im Landtagsplenum gefordert hat, Ziel müsse es sein, CO₂ pro Kopf auf null zu reduzieren. Meine Damen und Herren, man stelle sich vor, wenn das die Vision der GRÜNEN ist, dass wir am Schluss quasi nicht einmal mehr atmen, dann bin ich mir nicht ganz sicher, ob das realistische Ziele sind, die den Menschen dienlich sind.

Wir wollen realistische Ziele, und die heißen für uns ganz klar, unter 5 Tonnen CO₂ zu kommen - wir modifizieren, wir gehen weiter in unseren Zielen -, aber bis 2030. Wir stellen damit alle Bereiche voran, von denen wir sagen, da wollen wir uns ändern.

Ein Punkt davon ist die Energiepolitik. Herr Hartmann hat - Herr Thalhammer, zwar nicht in seinem Antrag, aber früher einmal - die ganze Palette der Kernenergie untergebracht. Eines sage ich Ihnen schon: Natürlich spielt die Energiepolitik dabei eine zentrale Rolle, unbestritten. Aber die Frage ist: Sind wir da schlecht in Bayern? Zwei Drittel des Stroms, der in Deutschland aus Wasserkraft erzeugt wird, kommt aus Bayern. Fast die Hälfte des Stroms, der aus Solarkraft erzeugt wird, kommt aus Bayern. Beim Wind sind wir deswegen nicht so weit vorn, weil die Topografie an den Küsten nun einmal eine ganz andere ist.

Man kann also sagen, dass sich Bayern im Bereich der erneuerbaren Energien von keinem Land der Welt etwas zeigen lassen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Aber es gibt einen Bereich - da stimme ich zu -, in dem ich gerne mehr machen möchte. Wenn in Deutschland der Wind weht, und zwar stark, muss Deutschland Strom exportieren. Warum? Meine Damen und Herren, wir haben ehrgeizige Ziele. Die Menschen waren auf dem Mond. Wir sind in der Nanotechnologie toll. Aber ein Bereich ist eklatant vernachlässigt worden; das ist die Speicherung von Energie. Wir haben keine substanzielle Speichertechnologie.

Die Große Koalition hat zu Beginn des Jahres 2005 in ihrem Koalitionsvertrag gesagt, dass dies eines der umweltpolitischen Ziele sei, das bis zum Jahr 2009 deutlich vorangebracht werden müsse. Die Bilanz des Umweltministers, der bis 2009 in Berlin im Amt war, nämlich Sigmar Gabriel, zeigt, dass bis auf den heutigen Tag in der Speichertechnologie nichts vorangekommen ist. Da müssen wir nacharbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Bayer (SPD))

- Das sind die Fakten, die nicht einmal Sigmar Gabriel bestreitet.

Zum Ende: Ich nehme jedem Einzelnen hier das tiefe Bemühen um Veränderung und Verbesserung ab. Dass die Wege manchmal unterschiedlich sind, ist auch klar. Und natürlich gibt es aktuelle Herausforderungen, wenn man zum Beispiel sagt: Würde diese Straße noch etwas ausmachen oder nicht? Das sind manchmal schwierige Abwägungsprozesse. Da gibt es Streitigkeiten, auch bei uns. Aber eines muss klar sein: Am Ende geht es darum, dass wir dieses Land Bayern in dem weltweiten Prozess so gut wie möglich führen und die Menschen dabei mitnehmen. Anders wird es nicht gehen. Wir haben versucht, dazu unseren Beitrag zu leisten. Wir haben noch viel vor, und wir werden nicht nachlassen. Der gemeinsame Antrag von CSU und FDP scheint uns der beste Unterstützungsbeitrag für die Zukunft zu sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Ich habe zwei Anmeldungen für Zwischeninterventionen, die eine stammt vom Kollegen Hartmann, und die zweite vom Kollegen Glauber.

(Ludwig Wörner (SPD): Ich habe mich auch gemeldet!)

- Als dritte kommt noch die Zwischenintervention des Kollegen Wörner hinzu. Wir gehen jetzt in der genannten Reihenfolge vor. Herr Kollege Hartmann, Sie sind der Erste, dann folgen die Kollegen Glauber und Wörner.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Ihrer Rede entnommen: Bayern lässt sich daran messen, was Bayern erreicht. Wie passt das damit zusammen, dass Bayern seine CO₂-Verursacherbilanzen an den Länderarbeitskreis Energiebilanzen gar nicht meldet? Warum tut man das nicht? Warum liegen die Zahlen von 2006 noch nicht vor? Es sind nur drei Bundesländer, welche die Zahlen noch nicht gemeldet haben. Wenn wir uns messen lassen wollen, müssen wir auch Zahlen vorlegen.

Noch eine Anmerkung zu Bremen: Wie lange regieren die GRÜNEN in Bremen mit? - Zwei Jahre! Sie werden doch keinen Vergleich mit den letzten 20 Jahren aufmachen wollen, wenn wir erst zwei Jahre dort mitregieren.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das Argument merke ich mir!)

- Die FDP darf sich das gerne merken, aber nicht die CSU in dieser Hinsicht.

Zur Kritik an Umweltminister Trittin während der rot-grünen Bundesregierung: Sie haben selbst die Solarkraft in Bayern in den Vordergrund gestellt und den Ausbau gelobt. Was war denn der Grundstock dieses Ausbaus? - Das war das EEG, das von Ihrer Partei jahrelang bekämpft wurde und dem im Bundesrat nicht zugestimmt wurde. Erst 2004 hat man erkannt, dass das eine Möglichkeit ist. Es ist dann einfach daneben zu sagen, Minister Trittin hat nichts erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich sehe, meine Argumente haben bei Ihnen eine Wirkung hinterlassen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Das ist halt einfach so. Ich finde den Ansatz, wir müssten uns noch stärker messen lassen, wichtig. Ich strebe auch an, in den nächsten Jahren die Berichte und alle Zahlen zu Klimafragen gründlicher zu evaluieren als in der Vergangenheit

(Zuruf von den GRÜNEN)

- und öffentlich diskutieren, darauf können Sie sich verlassen -, weil wir in der Tat die Entwicklungen genau beobachten müssen. Wir waren vor Kurzem auf der Zugspitze: Allein die Permafrostentwicklung, die wir neu messen, hat extreme Auswirkungen auf den Zusammenhalt von Landschaften und für Leib und Leben von Menschen. Ich stimme Ihnen zu: Wir müssen in dieser Frage mehr tun und stärker evaluieren.

Sie sind nun seit zwei Jahren in Bremen an der Regierung, und ich stimme Ihnen darin zu, dass Sie in dieser Zeit die Welt nicht verändern können. Ich wollte das aber nur einmal sagen, damit Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie bei Ihren Freunden Ihre guten Vorschläge zur Verbesserung einbringen sollten.

Zur Solarkraft muss ich Ihnen noch eines sagen. Eines steht wohl fest: So wie es jetzt ist, kann es nicht als optimal bezeichnet werden. Warum? - Ich habe mich in der letzten Woche mit den Umweltverbänden unterhalten, die sagen, man brauche eine deutliche Veränderung des EEG betreffend Solarkraft; denn das, was in der Vergangenheit gemacht wurde, führt dazu, dass wir riesige Solarparks haben, dass eine Art Solargroßindustrie entsteht, die das eigentliche Ziel der dezentralen Energieversorgung nicht erreicht. Wir müssen vielmehr anstreben, die Vergütungen so zu gestalten, dass umso mehr gezahlt wird, je kleiner und je dezentraler Anlagen sind, und umso weniger gezahlt wird, je mehr die Leute in große Flächen hineingehen. Das Zubauen von ökologisch wertvollen Flächen kann wohl nicht das Ziel sein, das wir in der Solarenergie verfolgen sollen. Da haben wir einen gemeinsamen Änderungsbedarf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Staatsminister. Als Nächster hat Kollege Glauber zu einer Zwischenintervention das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Herr Staatsminister, Sie geben mir doch sicher erstens darin recht, dass der Vergleich des Flächenlandes Bayern mit dem Stadtstaat Bremen, der außer dem Weserstadion nichts Grünes hat, schon ganz schön hinkt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich hätte mir zweitens schon gewünscht, dass Sie als fränkischer Umweltminister auf die Infrastrukturentwicklung und auf die Elektromobilität für die Region Nürnberg-Fürth eingegangen wären, also auf Bemü-

hungen, diese Region als Elektromobilitätsstandort auszubauen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Zu Erstens: Da gebe ich Ihnen nicht recht.

(Lachen bei den Freien Wählern)

Zu Zweitens: Da gilt der Grundsatz: Erst schauen, dann hauen. Lesen Sie das Konzept genau durch, das es im Energiecampus gibt. Da muss man ein bisschen lesen, aber das ist okay. Da steht genau drin, dass es das Ziel ist, auch da einen Beitrag für Speicher- und erneuerbare Energien zu liefern, auch zu Energieeffizienz und zu Automobilität, weil wir nämlich da beispielsweise im E-Drive-Centre etwas erreichen.

Nebenbei, zum Schluss: Nürnberg-Fürth ist Mittelfranken und nicht Oberfranken, auch wenn die Ausstrahlungswirkung groß ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, als Letzter hat sich Kollege Wörner zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, Sie gehen in Ihren Äußerungen unter anderem darauf ein, dass eine dezentrale Energieversorgung die Zukunft ist. Da gebe ich Ihnen recht. Warum halten Sie dann an der Kernkraft fest? Ist die dezentral? Sie halten an Offshore-Windanlagen fest, anstatt in Bayern dort, wo es möglich ist, kleinteilig zu arbeiten. Es gibt sehr wohl windhöfliche Gegenden auch in Bayern. Sie haben bisher - das sage ich ausdrücklich - alles getan, um dort Windkraft zu verhindern.

Sie fordern völlig zu Recht Sanktionen gegen jene, die Verstöße gegen die Energieeinsparverordnung - EnEV - begehen und Häuser verkaufen, die bei Weitem nicht die Einsparungen erzielen, die sie sollen. Dasselbe Problem gibt es bei Modernisierungen. Da verlangen Sie von den Ländern Sanktionen. Was machen Sie denn in Bayern? Wo sind da Sanktionen und Kontrollen? Genau in diesen Fällen wäre es gut, wenn Sie bei uns anfangen würden. Das andere können wir gerne begleiten; dagegen habe ich gar nichts.

Die bayerische Bevölkerung hat am meisten und am intelligentesten auf der Grundlage der Erneuerbare-Energie-Gesetze der rot-grünen Regierung gehandelt. Wir in Bayern haben am meisten davon profitiert. Das loben Sie jetzt. Ich darf Sie daran erinnern, dass in der

Zeit, als Sie in der Enquete-Kommission saßen - da waren Sie noch nicht Minister -, ein Staatsminister Wiesheu - so lange ist das alles noch nicht her - neue Kernkraftwerke für Bayern geplant hat. Davon ist man im Moment zumindest ein Stück abgerückt. Die Zeit wird zeigen, ob Sie dabei bleiben. Ihr Koalitionspartner tendiert da ein wenig zu etwas anderem.

Wer zuerst Voltaik verteuert, dann aber von der Bevölkerung dazu gezwungen wird mitzumachen, sollte mit seinen Aussagen in solchen Fragen ein bisschen vorsichtiger sein. Vor allem Bayerns Landwirte profitieren derzeit mehr als Energiewirte aufgrund des rot-grünen EEG, trotz all der Mängel, die es da gegeben hat. Viele neue Gesetze haben aber Mängel. Man kann dazulernen. Davon profitieren alle, und dann soll man das nicht verteuern. Dann sind wir auf einen guten Weg.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Erstens, zur Dezentralität. Unser Bekenntnis zur Kernenergie ist wohl klar. Sie wollen, dass wir die Ziele der CO₂-Einsparung erreichen, und stellen Anträge, dass wir sie sogar noch schneller erreichen sollen. Es ist aber allein schon mathematisch vollkommen unmöglich, jetzt aus der Kernenergie auszusteigen. Glauben Sie denn im Ernst, dass die Substitution der Kernenergie durch Kohlekraft oder Ähnliches irgendein CO₂-Problem löst? Glauben Sie das wirklich im Ernst? Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Die Österreicher sind toll beim Einsatz der Wasserkraft. Woher aber beziehen sie einen Großteil ihres Stroms? Nicht aus der Kernenergie im eigenen Land, sondern sie importieren Kernenergie von anderswoher. Ich halte es auch nicht für sehr moralisch, wenn wir am Ende zum großen Ausstieg aus der tschechischen und sonstigen Kernenergie beitragen.

Wir haben in Bayern keine Offshore-Anlagen; die gibt es an den Küsten, und die sind der von Bayern denkbar am weitesten entfernte Ort, Herr Wörner.

(Zurufe von der SPD)

- Ich höre ganz genau zu, und wenn etwas gesagt wird, was nicht korrekt ist, dann möchte ich, dass Sie uns bei der Klärung der gemeinsamen semantischen und faktischen Basis helfen.

Bei Sanktionen geht es mir darum, was weltweit passiert. Wir diskutieren bei uns - übrigens zu Recht - die Frage einer Einsparung von etwa 6,5 %. Ich bin völlig dafür. Man muss aber die Relation zu den Herausforderungen herstellen, vor denen die USA, China, Brasilien und andere Schwellenländer stehen. Ich bin sehr

für eine Vorbildfunktion, da können Sie mir nichts vorwerfen. Meine eigene Fraktion erfährt zu ihrem Leidwesen auch, dass ich mit meinen Zielen vorgehe. Wenn es uns nicht gelingt, weltweit etwas zu verändern, sind unsere Bemühungen eher von untergeordneter Bedeutung. Ich glaube, hier sind wir uns einig.

Ein letzter Punkt. Die SPD war einmal mit Hans-Jochen Vogel der Vorreiter der Kernenergie. Ich gebe zu, dass das lange her ist. Daran sieht man aber, dass sich Meinungen weiterentwickeln können. Das EEG ist eine gute Basis. Allerdings verändert sich die Struktur. Die Förderungen, die früher gut waren, werden jetzt in eine falsche Richtung gelenkt. Ein Beispiel: Wir müssen daran arbeiten, die technologische Basis der Solarzelle zu verbessern; denn sie hat nur einen Wirkungsgrad von etwas über 20 % und daher momentan nicht die beste energetische Wirkung. Wir sollten Geld dafür ausgeben, die energetische Wirkung der Solarzelle zu verbessern, statt die Billigproduktion von Solarzellen zu fördern, die inzwischen die Chinesen übernommen haben. Wenn die Gewinner dieser Förderung nur unsere chinesischen Freunde und Partner sind, nützt uns das nichts.

Helfen Sie bitte mit, hier intelligente Lösungsvorschläge zu entwickeln. Damit kommen wir weiter als mit dem Schlagen ideologischer Schlachten der Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nachträglich hat sich Herr Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet, da die GRÜNEN noch Redezeit haben.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss den Vorwurf von Herrn Staatsminister Dr. Söder, wonach ich kein Interesse an dieser Debatte hätte, schärfstens zurückweisen. Herr Dr. Söder, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich aufgrund des vom Freistaat mangelhaft organisierten Nahverkehrs im Zug hängen geblieben bin und über eine Stunde Verspätung hatte. Das beweist, warum es in Bayern mit dem CO₂-Ausstoß an etlichen Stellen immer noch gewaltig hapert. Der Schienenverkehr wird von Ihnen immer noch nicht ausreichend gefördert und wie ein Stiefkind behandelt.

Herr Staatsminister, Sie sollten sich in diesem Zusammenhang zurückhalten. Sie werden komfortabel von einem Chauffeur mit einer Limousine, die 300 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt, herumgefahren. Sie sollten denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die ihren Berufsverkehr umweltfreundlich organisieren möchten, nicht vorwerfen, dass sie kein Interesse an der Debatte hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2956, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2959, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2977, das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)
Schuldenpräventionsprogramme für Jugendliche
(Drs. 16/2957)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Brigitte Meyer von der FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren! Im Straßenbild und in der Öffentlichkeit ist es schon fast eine Selbstverständlichkeit, dass Kinder mit einem Handy herumlaufen und damit telefonieren. Wahrscheinlich wird auch in diesem Jahr unter dem Weihnachtsbaum für viele Kinder und Jugendliche ein Handy liegen. Dieser Umstand hat uns animiert, einen Punkt aus dem Sozialbericht aufzugreifen, nämlich die Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche. Die vorhandenen Präventionsprogramme richten sich in der Regel an Eltern von

Kleinkindern, an Schülerinnen und Schüler an Grund-, Haupt- und Berufsschulen sowie an Gymnasien.

Diese zahlreich vorhandenen Präventionsprogramme scheinen in aller Regel weder vernetzt noch jemals auf ihre Wirkung hin evaluiert worden zu sein. Fängt Bildungs- und Chancengleichheit nicht auch beim richtigen Umgang mit Geld an? Sind Prävention und Information nicht ein besserer Weg als ein nachträglicher, mühseliger Schuldenabbau, möglicherweise über die Insolvenzberatung?

Ein Drittel aller Klienten der Schuldnerberatung ist noch keine 35 Jahre alt. Demnach ist davon auszugehen, dass diese Menschen bereits sehr früh einen unsachgemäßen Umgang mit dem Geld praktiziert haben. Schulden führen häufig zu einer Reihe von psychischen und physischen Leiden, welche durch wirksame Schuldenpräventionsprogramme vermieden werden könnten. Die im Sozialbericht aufgeführten Forschungsergebnisse legen nahe, dass nicht nur die Rahmenbedingungen für die Bezieher niedriger Einkommen und Familien, sondern auch die Allgemeinbildung von Kindern und Jugendlichen verbessert und die soziale Vererbung von Bildungsarmut überwunden werden müssen.

Die Ergebnisse belegen, dass die wirtschaftliche und finanzielle Bildung von Kindern und Jugendlichen hinter den veränderten Lebensbedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses weit zurückgeblieben ist. Konkret ausgedrückt heißt das, dass Kinder und Jugendliche nicht ausreichend auf das komplexe und komplizierte Angebot an Finanzdienstleistungen und auf die Regeln des Geldverkehrs vorbereitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist sehr wohl bewusst, dass Schuldenpräventionsprogramme eigentlich bei den Kommunen angesiedelt sind. Dieses Thema liegt mir aber sehr am Herzen. Ich möchte, dass Schuldenpräventionsprogramme, wo sie angewendet werden, auch wirksam angewendet werden.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht sein, dass wir dafür Geld ausgeben, diese Programme aber überhaupt nichts im Hinblick auf das eigentliche Problem bewirken oder wegen ihrer Vereinzelung und mangelnden Vernetzung in ihrer Wirkung schlichtweg verpuffen. Die zu begrüßende Eigenverantwortlichkeit und Pluralität der einzelnen Schuldenpräventionsprogramme für Kinder und Jugendliche darf nicht mit Unwirksamkeit und Alleingang einhergehen; denn dafür ist diese Thematik einfach zu wichtig.

(Beifall bei der FDP)